

Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 30 (1940)

Heft: 13

Rubrik: Weltowchenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltwohenschau

Erste Folgen des Moskauerfriedens

Mit großer Promptheit ist eingetroffen, worauf man nach dem Abschluß dieses Friedens gewartet: Die Demaskierung der russischen Absichten in bezug auf den Norden. Wir stellten fest, daß eine nordische Allianz zwischen den Finnen und Schweden mit Norwegen einem Russland, das lediglich seinen nördlichen Flankenschutz suchte, willkommen sein müsse. Wenn es sich gegen eine solche Defensiv-Allianz wende, sei dies ein Fanal für weitere russische Aggressionspläne. Nun, Moskau hat in aller Form sein Veto gegen die Bündnispläne der kleinen Nordstaaten eingelegt; ein solches Bündnis sei den Finnen nach dem Friedensvertrag verboten. Damit weiß man, daß Stalin die Kleinen an seiner Seite nicht als Flankenwächter, sondern als möglichst schwache und vereinzelte Objekte für spätere Ausdehnungspläne betrachtet. Man kann dabei überlegen, daß man bei den Russen hintergründige Erwägungen anstellen mag über die Skandinavier, die nach Süden schielen und vielleicht für später Verbindete der Deutschen sein könnten, und daß dies an sich Grund genug für das Bündnisverbot sein würde; nimmt man solche Erwägungen an, dann bleibt die lezte Hoffnung übrig, daß die Russen sich doch passiv zu verhalten wünschen; sie trauen sich nicht die Kraft zu, den Norden, falls er geeint wäre, freundschaftlich an sich zu binden ...

Es ist möglich, daß die Abrechnung in England und Frankreich anders ausgefallen wäre als sie ausfiel, falls man diese entschiedene Moskauergeste schon gekannt und richtig gedeutet hätte ... Die rein vergangenheitswärts schauende Debatte im britischen Parlament würde womöglich ein wenig zukunftsweisend gewesen sein. Was heißt es schon, wenn Chamberlain sich gegen den Ansturm einer Opposition aus allen drei Parteilagern erfolgreich verteidigt und beweist, daß die Preisgabe der Finnen nicht aufs Konto Englands geschrieben werden kann? Chamberlain müßte erklären, was vorgekehrt würde für den „Wiederholungsfall“. Sonst schwant einem wieder, der britische Löwe werde zuwarten, bis es auch „zum zweiten Male zu spät“ sei.

Die Welt hat vernommen, daß England ein Expeditionskorps von 100,000 Mann bereitgestellt hatte, und daß noch vor dem Termin, den Mannerheim als den äußersten bezeichnet hatte, noch vor dem Mai, die Hunderttausend an den Fronten gestanden wären. Sie weiß, daß man in London auf zwei Termine mit dem finnischen Hilfegesuch gerechnet hatte, und daß dieses Gesuch das erste und das zweite Mal nicht eintraf. Sie weiß auch, warum: Die Finnen hatten sich bei der schwedischen Regierung vergewissert, daß ein britischer Durchmarsch mit Waffengewalt zurückgewiesen worden wäre. Und weshalb? Auch das hat die Welt vernommen: Deutschland hatte mit Geheimnahmen gedroht und damit Schweden vor die Wahl gestellt, entweder Schauplatz der Kämpfe zwischen deutschen und alliierten Armeen zu werden oder den Engländern den Durchzug zu wehren ... also praktisch die Russen und ihren deutschen Verbündeten zu unterstützen.

Es ist leider im britischen Parlament nicht dargestellt worden, was es bedeutet, daß die „mit Finnland beinahe verbündete“ schwedische Nation praktisch den Russen half, den Russen, die mit England „beinahe Krieg führten“. Die Engländer legten das Gewicht auf andere Dinge; so hat sich der Minister Stanley gegen den Vorwurf, Finnland nicht geholfen zu haben, damit verteidigt, daß die Neutralen am wenigsten das Recht hätten, England zu kritisieren; England habe nicht he-

fen können, weil es die schwedische und norwegische Neutralität achtet wollte. Dieser Vorwurf an die Schweden sieht, aber er täuscht nicht über die fatale Situation hinweg, daß man den Finnen nicht auf anderm Wege ausgiebig half. Die gelieferten 100 Flugzeuge fallen nicht ins Gewicht gegenüber den Masseneinsätzen russischer Apparate. Das Material anderer Art zählt, aber die Finnen wurden durch die überlegene Schwerartillerie der Russen in die Enge gedrängt, und man hat erst sehr spät mit der Lieferung entsprechender Kanonen angefangen. Was aber mehr als alles andere ins Gewicht fällt: England hat sich wohl gehütet, mit einer Diversion gegen Murmansk und Petsamo Russland direkt anzugreifen, trotzdem diese eisfreien Häfen auch im Winter angreifbar wären. Und über diese Unterlassungsfürde wurde im britischen Parlament nicht gesprochen. Und es ist auch nicht im Entferntesten angedeutet worden, ob man einem fünfzig russischen Vorgehen allenfalls doch direkt entgegentreten würde ...

Die Abrechnung im französischen Parlament ging ein wenig anders aus. Sie endete mit dem Sturz des Kabinetts Daladier und der Bildung eines neuen Kabinetts Reynaud mit Daladier als Kriegsminister. Die Debatte in der geheim tagenden Kammer ist nicht bekannt geworden; von Daladiers Partei, den Radikalsozialisten, wird nachträglich Veröffentlichung der Verhandlungen gefordert, damit Frankreich sich keine falschen Vorstellungen über den Ministerschub mache. Vielleicht ergäbe diese Veröffentlichung die oder jene Auflösung, welche uns die Zeitungen nicht gegeben. Wir wissen heute nur, daß sich der Ruf der Opposition durchsetzte: „Kräftigere Kriegsführung“. Dieser Steigerung der militärischen Tätigkeit soll das neue Kabinett, das auch Sozialisten bis zur äußersten legalen Linken enthält, aber doch den Schwerpunkt mehr rechts hat als sein Vorgänger, dienen. In welcher Weise, das möchten sicher vor allem die französischen Soldaten wissen. Ihnen könnte auf die Dauer das Untätigliegen aufs Gewissen fallen.

Ob Reynaud der Mann sei, der für den „energischen Krieg“ zu bürgen vermag, möchten wir sehr bezweifeln. Er gilt als der Retter der französischen Finanzen. Viele bewundern ihn und nennen ihn die „Seele des Kabinetts Daladier“ ... schon bevor er Chef der Regierung wurde. Von ihm hat man vernommen, daß Frankreich Gold habe, Gold wie nie zuvor! Und ihm ist vorgeworfen worden, daß er den Goldvorrat überschätzt und zu wenig begriffen habe, daß man diesen Krieg nicht mit Gold, auf alle Fälle nicht allein oder in erster Linie mit Gold gewinnen werde!

Es ist übrigens nicht nur der Vorwurf der lahmen Kriegsführung, welcher Daladier gestürzt und Chamberlains Position auf einen Moment lang leise erschüttert hat. Fast gewichtiger sind die Angriffe auf die diplomatische Passivität beider Regierungen. Und hier läßt sich nicht erklären, oder wenigstens nicht so leicht beweisen wie im Falle des Vorwurfs militärischer Untätigkeit, daß ebensoviiele Schlachten infolge leichtsinniger Aktionen wie infolge vorsichtigen Zögerns verloren gingen! England und Frankreich müssen sich heute ernstlich fragen, welche diplomatischen Erfolge sie seit der Kriegserklärung zu buchen haben ... und was der Gegner dagegen zu erreichen verstand. Anno 1914 regnete es Kriegserklärungen gegen das Kaiserliche Deutschland. Man sah schon nach einem Jahr Italien auf die Seite der Alliierten fallen. Wie steht es heute?

Italien hat, nachdem es auf den Kohlentransport aus Deutschland zur See verzichten mußte, keine britische

Kohle gewünscht; es bezieht verstärkte Quanten über den Brenner und gesteht den Engländern einerlei schwierige industrielle Produkte zu. Von einer politischen oder gar militärischen Schwenkung an die Seite der Alliierten ist in weiter Ferne keine Rede. Die Balkanzone zeigt deutlich das wachsende Übergewicht deutscher Einflüsse, gegen die Italien sich nur labm wehrt; diese italienische Passivität aber nimmt den französischen und britischen Bemühungen ihr Gewicht. Die Reklamationen des Dr. C. L. Odious in Bułkarek, der sich mehr und mehr zum Wirtschaftsdiktator auswächst, erzwingen die stückweise Unterwerfung des Landes unter die deutschen Forderungen. Man hört nun Ministerreden, die intensivere landwirtschaftliche Produktion fordern ... genau das wünscht man in Berlin. Man erfährt, daß die Bauern aus der mobilisierten Armee entlassen werden, um die Felder zu bestellen ... nichts anderes hat Berlin gewünscht.

Bleibt noch die Türkei mit ihren beiden Verbündeten, Iran und Afghanistan. Die „Wengand-Armee“, die von Woche zu Woche wächst und heute mindestens eine Viertelmillion Mann zählt, wird meistens im Zusammenhang mit der türkischen Armee genannt ... „zusammen mit den Türken eine respectable Macht ...“. Wo aber kommt dieses „Respectable“ hin, wenn es den Türken einfällt, mit Russland zu verhandeln und den von Moskau verlangten Nichtangriffspakt zu unterzeichnen, der praktisch auch den Nichtangriff gegen Deutschland mit einschließt?

Man sieht, die Alliierten haben ihre Sorgen und haben sie begriffen. Vielleicht zählen sie darunter auch die Tatsache, daß die Türken bisher nicht ersucht wurden, britische Kriegsschiffe ins schwarze Meer einzufahren zu lassen, um die russischen Öltransporte zu stoppen. Oder gehört dies in die „Kalkulation betreffend Russland“, welche die Engländer hinderte, Murmansk anzugreifen? Eine verführerische und bedenkliche Kalkulation ... genau wie die Italien betreffende. Hoffentlich merkt man in London noch zeitig genug, daß man mit Stalin nicht nur „beinahe Krieg führt“.

„Immer feste druff“?

Wenn das diktatoriale Deutschland sich in einer Sache anders verhält als das fröhliche Kaiserliche, dann in der Ablösung der rein militärisch-aktivistischen Draufgängerei durch eine viel beweglichere und in den Methoden abwechslungsreichere Verwendung der Machtmittel. Gegen Polen wurde der Blitzkrieg angewandt; seine Erfolge führen allen Staaten von Skandinavien bis nach Griechenland in den Knochen und tragen die Hauptschuld an der zitternden Weigerung aller Kleinen, ohne äußerste Not Objekt ähnlicher Angriffe zu werden. Gegen die Alliierten aber wird der Blitzkrieg nicht angewendet. Er würde zu viele Opfer kosten und zu große Risiken in sich schließen, vielleicht gar die Katastrophe des Regimes nach sich ziehen. Da geht man schon anders vor und überläßt dem Gegner die Initiative. Man will kein zweites Verdun machen ... vielleicht ahnt man auch, wieviel moralische Kräfte damals mit den 800,000 Toten dahinsanken und welche Rolle diese furchtbare Opferung der besten Einheiten in der späteren Niederlage spielte! Soll der Gegner die Dummheit wiederholen und Sturm laufen! Wenn die Verteidigung genügt, um London und Paris die Aussichtslosigkeit ihres Krieges zu demonstrieren, dann hat man das Gescheiteste getan, was man konnte. Man hat die Machtmittel „weise eingesezt“.

Selbst die Generäle, deren Denken fachentsprechend auf die Niederringung des Gegners gerichtet sein muß, werden sich der Logik der „nationalsozialistischen Überlegungen“ nicht verschließen können, wenn sie an die Folgen denken, die unter Umständen diesem Verzicht auf das blutige Gloria beschieden sind. Es ist nicht dasselbe, ob England und Frankreich oder Hitler darauf verzichten, ihren Gegner zu besiegen! Hitler hat nicht verkündet, daß er „das System der Plutokratie“ vernichten wolle ... die Alliierten aber wollen

die Welt von der gegenwärtigen deutschen Regierung und ihren Drohungen ein für allemal befreien. Also müßte das Eingeständnis, die gestellten Aufgaben nicht erfüllen zu können, zu einer furchtbaren moralischen Situation führen. Die Volksmassen in den westlichen Staaten, die Neutralen, die Kolonialvölker würden sich von den verantwortlichen Ausrufern dieses „nicht durchführbaren Krieges“ abwenden, und ein verheerender Umsturz würde das Ende sein. Und mitten in diesem Umsturz würden die Ernten reifen, die man mit dem Zuwarten gesät, und nun erst dürften die Generäle ernten!

Es wäre gut, wenn die Parlamente und Regierungen in Paris und London zeitig genug die Gefahren des deutschen Zuwartens und der raffinierten Absichten, die hinter diesem Zuwarten stecken, erkennen wollten. Andernfalls werden sie die Demokratien nicht retten können.

Als in der vergangenen Woche irgendwo über die Abmachungen zwischen Hitler und Mussolini auf dem Brenner diskutiert wurde, sagte ein Berner mit Mutterwitz: „Was haben die schon abgeredet! Nichts! Abgeredet wurde vorher in Rom. Und zwar, daß sie zwei Stunden zusammen auf dem Brenner Milch trinken sollen. Das genügt doch, um Paris und London die Nerven verlieren zu lassen ...“ Der Witz geht natürlich zu weit. Aber die Abrede betrifft zweifellos die Fortsetzung des Krieges mit den bisherigen Mitteln, vielleicht gar die Erledigung aller Versuchungen von Seiten der deutschen Generäle, doch noch andere Mittel einzusezen.

Wer das als Demokrat und Schweizer unger hört, dem können wir versichern, daß es uns nicht weniger plagt, zusehen zu müssen, wie das wendige Spiel mit Drohungen und Hinhalten weitergeht und sich mehr und mehr als vorteilhaft für die Diktaturen erweist. Man vergißt, daß auch schon die italienische Neutralität, sprich „Nichtkriegsführung“, in dieses Spiel gehört! Gerade damit hat man die Westmächte genarrt. Und gerade dadurch erreichte man, daß der eine der beiden Achsenpartner „unverwundbar zu schauen“ durfte ... Man versteht, daß in Frankreich während der „Debatte des Missbehagens“ über den Ausgang des finnischen Krieges Ausdrücke wie „Profiteure der Neutralität“ laut wurden und grossende Andeutungen fielen, daß die Alliierten nicht ewig das Spiel jener dulden würden, die unter dem Schutzhelm solcher Neutralität die Geschäfte des Gegners besorgen zu können glaubten.

Es geht also den Alliierten darum, das „Dritte Reich“ aus seinem relativ sichern Wartezustand herauszureißen, damit es nicht das Rüstungswettrennen in der Luft, das für die Westmächte plus Amerika schon gewonnen schien, doch am Ende noch gewinne, und damit es nicht innert ein oder zwei Jahren den ganzen Osten wirtschaftlich organisiere und alle Aussichten der Blockade illusorisch mache. Wogegen es Hitler außer diesen Zielen um das möglichst rasche „zutode Langweilen“ der Alliierten geht.

Zu diesem Langweilen gehört das ständige Quälen und Beängstigen durch dosierte militärische Schädigungen. Es gehören dazu Luftangriffe auf britische Flottenbestände, wie der auf „Scapa Flow“ und auf einen „Convoy“ unter bewaffneter Begleitung. Wie groß oder wie klein solche Schädigungen sein mögen, bedeutet fast weniger als der moralische Eindruck auf die britische Öffentlichkeit, den man bezweckt. Kombiniert mit dem Unbehagen, das die ruhigen Fronten dem Hinterland bereiten, müssen solche Überfälle, die nie aufhören, untergrundige Strömungen wecken; das Land wird nach und nach Polen und Tschechen vergessen und nur noch daran denken, daß man ihm die Erledigung Hitlers versprochen ... Das ist Hitlers Überlegung.

Gibt es Anzeichen, daß die Alliierten dem „Scharmützeli-krieg“ ebenso wie dem für Hitler vorteilhaften „Hinhaltekrieg“ in nächster Zeit ein Ende zu bereiten gedenken? Wir sehen ihrer wenige. Und die Erklärung des passiven Verhaltens ist immer noch dieselbe wie zur Zeit von München und wie im Herbst 39:



Wieviele Soldaten gibt es, die keine Angehörigen haben, — denen niemand zu Hause das Wäschekleid packt und die Socken flickt! Für sie hat die Kriegswäscherei sozusagen Mutterstelle übernommen, denn auch ihnen müssen ihre Sachen wieder hergerichtet werden. Die Feldpost besorgt den An- und Abtransport der Wäschekleid von allen Truppenteilen aus der ganzen Schweiz.

Kriegswäscherei

Bern

DISziplin
ist auch Sache der Frauen!

Bitte, nid schwätz!



Täglich gehen Hunderte von Paketen und Säcklein ein. Sie müssen alle registriert und ihr Inhalt sortiert werden.



Geübte Hände lassen auch die grössten Löcher verschwinden. Hier wird eine neue Ferse angestrickt, dort muss ein Loch verwoben, da ein Stück eingesetzt oder ein Knopf angenäht werden.





Berge von Hemden, die aufs Glätten warten.



Die geflickten und geglätteten Wäschestücke sind abgefertigt und müssen nun nach ihren Besitzern sortiert werden.



In der Glättberei



Jedes Wäschekleinken wurde genau registriert und wird nun wieder anhand des aufgenommenen Etats zusammengestellt.



Die Sachen sind versandfertig zusammengestellt und werden nun wieder in die Wäschekleinken verpackt. Nicht selten findet der Empfänger dazu noch eine Kleinigkeit zum Essen oder etwas zum Rauchen drin und selbstverständlich ein Briefchen mit vielen Grüßen von der Kriegswäscherei!



Die Engländer und Franzosen haben noch nicht zu Ende gerüttet. Darum müssen sie ihre Völker solch gefährlichen Nervenproben aussehen!

Was der Krieg reift . . .

Der Krieg reift vieles . . . anderes wird sonst reif, und oft kann einem über den reif werdenden Früchten bange werden. Es gibt Leute, die heimlich oder offen frohlocken, wenn sie feststellen, wie unter dem Zwange der Zeitverhältnisse allerlei staatliche Eingriffe unumgänglich werden und wie da und dort der „freien Wirtschaft“ ein Bein gestellt wird. Über eben dieselben Vorkommnisse kriegen andere zum mindesten Unbehagen oder brüten finstere Gedanken der Gegenwehr aus. Der große „Kampf gegen das Ungeheuer Staat“, den die Theoretiker des „Anarchismus“ . . . (im Grunde wilde Liberalen!) als Zukunftsvision verkünden, spukt heimlich in manchen Köpfen.

In den eidgenössischen Kantonen sind die Regierungen daran, die bündesrätliche Verordnung über den Handel mit landwirtschaftlichem Grund und Boden durchzuführen und mit ortsentsprechenden eigenen Vorschriften zu ergänzen. Wenn vor Jahr und Tag im Nationalrat dieses Jungbauernpostulat auftauchte, dachte auf weiter Flur niemand an die Möglichkeit seiner Verwirklichung. Nun hat der Krieg seine Beachtung gefordert, und es ist infolgedessen heute einem Nichtlandwirt unmöglich, Eigentümer eines Bauerngutes zu werden, es sei denn, er biete bei einer Gant auf die letzte Hypothek, die er allenfalls drauf hatte. Bedenkt wohl der Bürger, welch radikaler Eingriff in die Handelsfreiheit, in das gesetzlich garantierte Eigentumsrecht hier über Nacht erfolgte? Dieses Eigentumsrecht hat in sich die Möglichkeit die freie Veräußerung geschlossen . . . Veräußerung an einen beliebigen Käufer. Das ist dahin. Und wenn nicht alle Anzeichen trügen, so wird man weiter gehen und praktisch die Heimwehveräußerung an Summen binden, die für jedes Bauerngut eine Art „Preisvorschrift“ bedeuten.

Damit ist die Spekulation mit Bauernland gründlich, (und, wie die Befürworter dieser wasserreinen „Bodenreform“ hoffen), für alle Zeiten erledigt. Und jetzt, auf einer gebundenen Grundlage für Bodenpreise, kann mit der Entschuldung und mit der Garantierung eines anständigen Ertrages für die bäuerliche Familie erst richtig begonnen werden. Es gibt noch die und jene Lücke in der Preisbindung: Bei Erbgängen. Aber man wird sie stopfen.

Natürlich hat der Bundesrat seine Verordnung nicht aus Freude an der „Wirtschaftsknebelung“ erlassen. Seine Absichten liegen in der gleichen Linie wie die eingegangene Verpflichtung, für die Niedrighaltung der Preise zu sorgen. Wenn die Bauern für Milchprodukte und Fleisch nicht viel mehr als bisher bekommen sollen, darf nicht unter ihren Füßen gewissermaßen die Bodenverschuldung wachsen, und falls man ein wenig höhere Preise bewilligt, sollen sie nicht ein Frach der Bodenteuerung, hervorgerufen durch die Spekulation, werden.

Es wird sich bald einmal zeigen, daß mit dieser „Fesselung der Bodenpreise“ lange nicht alles getan sei, was es zum Schutz der Bauern wirklich braucht. Wir denken dabei an die möglichen Schwankungen der Hypothekarzinsen. Die ziffernmäßige Betrachtung, die Nennung der Prozente, 3 oder $3\frac{1}{2}$ oder 4 %, läßt einen meist die Tragweite einer Erhöhung um ein halbes oder ganzes Prozent gar nicht in der richtigen Beleuchtung sehen. Nehmen wir $3\frac{1}{2}$ % als Zinsjag an und rechnen wir 1 % Erhöhung, so sind das zwei Siebentel, also über 28 % der bisherigen Zinsensumme, fast soviel wie ein Drittel! Was bedeutet das für einen Landwirt? Unter Umständen die Überspannung seiner Möglichkeiten. Es kommt praktisch auf eins heraus, ob einer $3\frac{1}{2}$ % Zins für 63,000 Franken statt nur für 49,000 oder aber $4\frac{1}{2}$ % für 49,000 statt nur $3\frac{1}{2}$ % für die gleiche Summe aufbringen muß. (Natürlich ist die Kapitalbelastung an sich auch etwas!)

Die Erhöhung der Hypothekarzinsen wird gegenwärtig gefürchtet, und man hält sie aus folgendem Grunde für eine Frage der Zeit: Die Notenhammierung geht fröhlich weiter. Die Nationalbank hat zwischen dem 15. Februar und dem 21. März abermals für 50 Millionen Noten mehr in Umlauf geben müssen. Die Leute ziehen allenthalben Geld an sich; so sind den Postcheckguthaben in den beiden letzten Monaten je rund 20 Millionen entzogen worden. Die überzeichnete Bundesanleihe von 200,000,000 wurde zum geringsten Teil in Banknoten bezahlt; man zog zumeist Bankguthaben heran und ließ „überschreiben“. Die Obligationen der Kantonalbanken verzeichnen steigende Säke; man ist gezwungen, den Leuten heute bis 3,6 % statt nur 2,65 % wie vor einem Jahr zu vergüten, um der „Abstözungsbewegung“ entgegenzutreten.

Mit andern Worten: Die Hypothekarkassen werden, um die Sparguthaben, die sie in landwirtschaftliche oder andere Objekte gesteckt haben, zu behalten, ebenfalls erhöhte Zinsen zahlen, somit aber auch von ihren Schuldern um ebensoviel mehr verlangen müssen. Sind unsere Landesväter, die verfügt haben, daß der Nichtbauer nur noch durch Pump, nicht mehr als Eigentümer, oder nur noch via Hypothekenbank Geld in Bauernboden stecken dürfe, sich im Klaren, daß sie auch den Zins für landwirtschaftlichen Kredites, genau wie die Bodenpreise, fixieren müssten? Und weiß man, was alles daraus folgen wird?

Vor einer Hauptprobe der Demokratie.

Die programmlosen „Anarchisten“, die „einfach prinzipiell“ das Ungeheuer Staat bekämpfen, werden in nicht zu ferner Zeit Gelegenheit haben, ihren überragenden Verstand zu beweisen. Nämlich: Sie werden in einer Volksabstimmung Stellung nehmen müssen zum Bundes-Finanzprogramm mit seinen nie dagewesenen Anforderungen ans Portemonnaie des Bürgers. Alle Achtung vor den Leuten vom „Bunde der Subventionslosen“, die den blöd schlafenden Elefanten als Symbol erwählt haben! Sie zeigen uns eine der Gefahren, die der individualistischen Menschheit droht, die Macht Maschinerie, die den Einzelnen nach und nach in seinen sämtlichen Bereichen, bald auch in den intimen . . . man denke an Glaubens- und Gewissensfreiheit . . . beschränken muß, wenn es so weiter geht. Aber diese Leute müßten, wenn wir den Respekt vor ihnen realisieren wollten, uns Lösungen zeigen, die uns instand setzen, die Aufgaben der Zeit ebensogut zu erfüllen, wie sie der heutige Staat mit seinen riesigen Steuerbuketten zu erfüllen trachtet.

Es ist klar, die ewigen Neinsager . . . (denn um sie handelt es sich, nur sie kann der „schlafende Elefant“ mobilisieren . . . sie sind unsere ältesten Bekannten) . . . daß diese Neinsager sich öffentlich wenig rühren werden; das Inferieren wird man ihnen nach bewährtem Muster nicht verbieten; vielleicht verzichten sie diesmal auf Plakate; aber insgeheim, manche ohne je ein Wort zu verlieren, werden sie auf den Abstimmungstag warten und alsdann wortlos ihr Nein niederschreiben und in der diskreten Urne verschwinden lassen.

Am 26. März begannen wieder die eidgenössischen Räte zu tagen. Die nationalrätliche Kommission hat die Vorlage gutgeheißen; von den 20 Mann stimmten 10 dafür; vier Sozialdemokraten und ein „freier Demokrat“ waren dagegen; ein Sozialdemokrat und vier andere enthielten sich der Stimme. Das Schicksal der Vorlage im Rote ist wenig zweifelhaft; wahrscheinlich werden just die Leute der Linken, die ihre Vorbehalten angebracht, dem Bundesrat Gefolgschaft leisten und bewilligen, was er verlangt; ihre Demonstration in der Kommission zweckte lediglich das erhöhte Wehropfer und die Mehrförderung des Besitzes überhaupt; gelingt ihnen nicht, durchzuführen, was sie wünschen, sind sie patriotisch und sagen eben doch ja. Von der Rechten bis zur Mitte aber wird man mit ziemlicher Einhelligkeit auf ernstlichen Widerstand verzichten. —an—